

## Bezirksvorstandssitzung DKP Saarland, 5.02.19

Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben in unseren Diskussionen unter Rechtsentwicklung immer mehr verstanden als die Wahlergebnisse und den wachsenden Einfluss der AfD, viel mehr. Und so beruhigt es überhaupt nicht, wenn derzeit einige Meinungsumfragen leicht fallende Zustimmungswerte für diese Partei feststellen. Es ist besorgniserregend, wenn im Osten immer wieder CDU-Politiker auf eine Koalition mit der AfD spekulieren. Die wollen Österreichische Verhältnisse – wir haben dies oft vorausgesagt.

Nein, zur Rechtsentwicklung gehört auch, wenn in der SPD oder bei den Grünen kaum noch Stimmen gegen den Aufrüstungskurs der NATO laut werden, wenn sie von-der-Leyen nur noch wegen der Skandale um nicht einsatzfähige Waffensystem kritisieren und nicht wegen dieses gigantischen und gefährlichen Kriegskurses. Rechtsentwicklung ist dann, wenn eine Bundesregierung, das EU-Parlament und allen voran Außenminister Maas in Venezuela einen Parlamentspräsidenten zum Staatspräsidenten machen wollen und damit den von der USA vorangetriebenen Putsch gegen den gewählten Präsidenten Maduro unterstützen. Um es klar zu sagen, Maduro ist eine zwielfichtige Figur und hat viel Schaden in Venezuela angerichtet, da wünschte ich mir klarere Worte von unserer Parteiführung wie sie unsere dortige Schwesterpartei gefunden hat. Aber eines ist klar: Bei diesem Putsch geht es einzig und allein um die Interessen der Reichen und Konzerne und nicht um Demokratie und Menschenrechte. Die USA verschärfen die Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela und schließen auch eine militärische Intervention nicht aus - "alle Optionen liegen auf dem Tisch" (Donald Trump). Damit hat der »Krieg« des Imperiums gegen Venezuela eine neue Stufe erreicht. Lasst uns überlegen, mit welchen Möglichkeiten wir hier vor Ort gegen diesen imperialistischen Akt kämpfen können.

Eine weitere Facette der Rechtsentwicklung ist das Gegeneinander-Ausspielen von sozialen Interessen und dem Umwelt- und Klimaschutz. Derzeit gefallen sich Politiker, allen voran der Verkehrsminister und der saarländische Ministerpräsident aber auch die AfD als vermeintliche Interessenvertreter der Automobilarbeiter, der Dieselbesitzer und der Stromkunden. Sie instrumentalisieren dabei die berechtigte Angst vieler Menschen, dass die Energie- und Verkehrswende zu weiterem Sozialabbau führen kann. In Frankreich war dies die Initialzündung für die Gilets jaunes, die Bewegung der Gelbwesten. Dabei gaukeln sie den arbeitenden Menschen vor, es gäbe einen unüberbrückbaren Widerspruch zwischen Arbeit und Umwelt, zwischen Autofahren und Klimaschutz. Wir wissen, dass es diesen nicht gibt oder besser: Dass dieser nur vorhanden ist, wenn die Profite der Reichen und Konzerne nicht angetastet werden sollen. Es ist das alte Spiel: Die Menschen werden aufeinander gehetzt, damit niemand auf die Idee kommt, dass die Kapitalbesitzenden und ihre Interessen die größte Gefahr für Klima und Arbeitsplätze sind. Da ist es gut, wenn eine 15-jährige schwedische Schülerin ihnen die Leviten liest und eine ganze neue Bewegung Jugendlicher in Gang setzt. Greta Thunberg hat in ihrer Rede vor der UNO-Klimakonferenz in Katowice am 12. Dezember 2018 interessanterweise auch dieses Thema angesprochen. Sie sagte u.a.: „Ihr seid nicht reif genug, zu sagen, wie es ist. Selbst diese Bürde überlasst ihr uns Kindern. Aber ich kümmer mich nicht darum, populär zu sein. Ich kümmer mich um Klimagerechtigkeit und den lebenden Planeten. Unsere Zivilisation wird geopfert für die Gelegenheit für eine sehr kleine Zahl von Leuten, weiterhin enorme Summen Geld zu machen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Leute aus Ländern wie dem meinen in Luxus leben können. Es sind die Leiden der vielen, die für den Luxus der wenigen bezahlen.“

Und weiter sagte sie: „Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen und wir müssen uns auf Gerechtigkeit konzentrieren. Und wenn Lösungen innerhalb dieses Systems so unmöglich zu finden sind, dann

sollten wir vielleicht das System selbst ändern. Wir sind nicht hierhergekommen, um die führen Politiker der Welt zu bitten, sich um uns zu kümmern. Ihr habt uns in der Vergangenheit ignoriert und ihr werdet uns wieder ignorieren. Wir haben genug von den Ausreden, und uns läuft die Zeit davon. Wir sind hierhergekommen, um euch wissen zu lassen, dass eine Änderung kommen wird, ob ihr das wollt oder nicht. Die wahre Macht gehört den Völkern!“

Was für große Chancen liegen in einer solchen Sichtweise?

Niemand kann heute sagen, was noch aus dieser Bewegung wird, aber sie rührt objektiv an den Grenzen des Kapitalismus und wir tun gut daran, sie zu hören und sie zu unterstützen. Und wir sollten alles dafür tun, dass sich Klima- und Friedensbewegung stärker vernetzen, denn dafür gibt es gute Gründe. Wenn jetzt ein neues dazu atomares Wettrüsten beginnt, dann wird dadurch nicht nur die Kriegsgefahr drastisch erhöht, es werden genau die Ressourcen verschwendet, die wir für Klimagerechtigkeit brauchen.

Und genau dies passiert derzeit im Bundeshaushalt:

Fred Schmitt schreibt in seinem sehr empfehlenswerten Artikel für isw unter dem Titel „[Rüstungs-Explosion & Bomben-Geschäfte – Bundesregierung im Rüstungswahn](#)“:

„Die Bundesregierung heizt das Wettrüsten in Europa weiter an. Noch nie in der Geschichte der Bundeswehr hat es eine derart große Steigerung des Rüstungsetats gegeben. 4,71 Milliarden Euro mehr als 2018 werden in diesem Jahr für Militär und Waffen ausgegeben. Insgesamt werden für die Rüstung (Einzelplan 14) 43,3 Milliarden Euro verpulvert; es ist der zweithöchste Etatposten im Bundeshaushalt. Der Zuwachs beträgt 12,8 Prozent, womit der Rüstungsetat viermal so schnell wächst, wie der restliche Bundeshaushalt.

Es soll offenbar in diesem Tempo weitergehen. Das Zwei-Prozent-NATO-Ziel haben Kanzlerin Merkel und Bundeswehr-Ministerin von der Leyen nach eigenem Bekunden weiter voll im Visier der Rüstungsplanung. Allerdings soll es nicht bis zu dem von der NATO beschlossenen Zieljahr 2024 erfolgen. Bis etwa zu diesem Zeitpunkt soll das Zwischenziel für die Militärausgaben von 1,5% vom BIP erreicht werden. Der Verteidigungsetat soll dann auf 60 Milliarden Euro steigen – ein Zuwachs gegenüber 2018 von 56 Prozent.

Wo ist der Feind, der solchen Rüstungswahn auslöst? Die „Gefahr“ und „Bedrohung“ kommt wieder einmal aus dem Osten – einmal mehr ist es „der Russe“. Dumm nur, dass die Russen nach SIPRI-Angaben ihre Verteidigungsausgaben in den vergangenen Jahren reduziert haben, und zwar um zwanzig Prozent auf 66,3 Milliarden Dollar in 2018. Die europäischen NATO-Staaten gaben 2017 mit 242 Milliarden Dollar fast viermal so viel für ihre Streitkräfte aus als Russland. Nicht dazu gerechnet sind die zig-Tausend in Europa stationierten US-Soldaten samt High-Tech-Waffen. Nimmt man die gesamte NATO – einschließlich USA und Kanada – dann gab sie 2018 1013 Mrd. Dollar (über eine Billion) für Militär und Waffen aus: etwa das 15-fache Russlands; das Viereinhalbfache Chinas.

Ein weiterer Treibsatz für die Rüstungsrakete sind Auslandseinsätze und globale Interventionen der Bundeswehr. Franziska Augstein schreibt in der SZ (16.11.18): „Seit längerem ist zu hören, Deutschland müsse global mehr „Verantwortung“ übernehmen. Damit sind Aufrüstung und Kriegseinsätze gemeint“. Die Bundeswehr bildet zudem in Europa die „Speerspitze“ bei der schnellen NATO -Eingreiftruppe (NRF) im Umfang von 40.000 Soldaten (deutscher Anteil 7000). Die gigantischen Mehrkosten bei Waffen und Militär rühren daher, dass die GroKo eine Dual-Use-Armee aufbauen will: Für militärische Interventionen und Territorial-Kriege. Für die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ und eines Tages vielleicht am Ural.

Die Aufrüstungsrakete trägt einen hochexplosiven Sprengkopf: Die Beschaffung von Waffen steigt im Bundeswehr-Etat weit überproportional: Zuwachs in einem Jahr (2018) 32 Prozent.

Doch die eigentliche Waffenexplosion steht erst noch an. Ministerin von der Leyen plant Waffenkäufe in dreistelliger Milliardenhöhe (HB, 17.9.18). Bereits 2016 verkündete sie einen langfristigen Plan: bis 2030 müsse die Bundeswehr 130 Milliarden Euro zusätzlich (!) in ihre Ausrüstung stecken, von Computern bis zu Waffensystemen (HB, 26.4. 18).

Das Heer erhält einen neuen Kampfpanzer und neue Panzerhaubitzen; für die Luftwaffe soll das Raketenabwehrsystem TLVS beschafft werden, dazu eine selbst entwickelte Kampfdrohne „Pegasus“; zusammen mit Frankreich will man einen neuen Kampfjet entwickeln und ein Luftverteidigungssystem. Die Marine werde in den nächsten 12 Jahren um ein Drittel wachsen, verkündete Marine-Inspekteur Admiral Krause. In den nächsten zwei Jahren sollen vier neue Fregatten zulaufen (Kosten pro Schiff 800 Millionen Euro = der Gegenwert von 140 Altenpflegeheimen), zudem fünf Korvetten à 500 Millionen (= 380 Kindertagesstätten), dazu U-Boote, Tanker, Aufklärer, Minenräumsysteme. Und hinzukommt als nächste Generation der großen Kriegsschiffe das Mehrzweckkampfschiff MKS 180 mit globalem Radius. Die Kriegsflotte soll rund um den Erdball einsetzbar sein, aber auch als Krisenreaktionsstreitmacht ihren Zweck erfüllen.

Die Kostenvoranschläge werden sich laufend überholen: Das MKS 180 war anfänglich mit 3,5 Mrd. Euro veranschlagt, „nach jüngsten Berechnungen plant das Ministerium mit Kosten von mindestens 5,3 Milliarden Euro, wie das Handelsblatt erfahren hat“ (HB, 17.9.18). Ein Kostensprung von 51%, und das Kriegsschiff ist noch gar nicht fertig entwickelt.

Der Rüstungs- und Waffenstau wird noch zunehmen. Dabei klingeln bereits jetzt bei den Waffenschmieden die Kassen so schrill wie nie, platzen die Auftragsbücher aus den Nähten. Rheinmetall hat mit über acht Milliarden Euro den dreifachen Jahresumsatz in den Auftragsbüchern; der Auftragseingang hatte sich 2018 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Armin Pappberger, der Boss des Panzer-, Kanonen- und Munitionsherstellers Rheinmetall in einem Interview mit dem Tagesspiegel: „Ich bin seit dreißig Jahren im Geschäft, und ich kann mich nicht an eine solche Nachfrage erinnern“. Airbus Defence hat über 40 Milliarden Rüstungsaufträge in den Büchern – der vierfache Jahresumsatz dieser Sparte seit 2017.

Auch die EU-Kommission und vor allem Bundesregierung und französische Regierung drängen zu Kooperationen und Fusionen in der europäischen Rüstungsindustrie. Auch das Ende 2017 von 25 EU-Staaten abgeschlossene PESCO- Abkommen (Permanent Structured Cooperation) zielt in diese Richtung. Die Politik verspricht sich davon die Bündelung der Rüstungsausgaben der einzelnen EU-Länder bei Groß-Unternehmen und Groß-Projekte, eine Austrocknung kleiner Rüstungsfirmen und die Vereinheitlichung der Ausrüstung und Waffensysteme vor allem im Hinblick auf die geplante Europa-Armee.

Es droht auch in Deutschland ein mächtiger Militär-Industrie-Komplex (MIK) zu entstehen.“

Das ist alles extrem gefährlich. Daher bitte ich Euch: Helft mit bei der Mobilisierung für den diesjährigen Ostermarsch Saar am Ostersonntag 20. April um 11 Uhr an der Johanneskirche Saarbrücken. Wir müssen dringend sichtbar mehr werden, um gemeinsam Druck für Frieden und Abrüstung zu machen. Am Donnerstag macht Aufstehen eine Friedensaktion an der Alten Brücke mit Oskar Lafontaine um 17.30 Uhr. Leider wieder ohne Kontaktaufnahme zum FriedensNetz. Wir werden jetzt mal schreiben und ein Gespräch vorschlagen.

In dieser Woche hat Finanzminister Olaf Scholz in Zusammenhang mit den ungenügenden, aber in die richtige Richtung weisenden Vorschlägen des Arbeitsministeriums zur sog. Lebensleistungsrente ein Milliardenloch in der langfristigen Finanzplanung entdeckt. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Aufrüstungskurs zu stoppen, werden noch ganz andere Sparmaßnahmen auf die Menschen losgelassen werden. Wir müssen in den kommenden Monaten und Jahren diesen Zusammenhang deutlich machen. In allen Kommentaren in den letzten Tagen werden alle Ausgabenerhöhungen im

Bundeshaushalt benannt – nur nicht die bei der Rüstung. Das Kalkül: Die sollen unantastbar bleiben, als alternativlos geschluckt werden. Dagegen müssen wir uns vehement wehren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

gleichzeitig erleben wir eine Rechtsentwicklung in neuer Dimension. Wir haben dazu ja eine gut besuchte Veranstaltung zum Jahresauftakt mit Ulrich Schneider gemacht. Die AfD findet wachsende Resonanz bei den arbeitenden Menschen, gerade auch unter Gewerkschaftsmitgliedern.

Werner Seppmann schreibt zu den Ursachen in seinem lesenswerten Beitrag [„Warum Arbeiter die AfD wählen“](#):

„Aber was kann dagegen getan werden? Auf keinen Fall reicht ein normativer Antifaschismus aus. Wird die geschilderte „existentielle“ Funktionalität rechter „Antworten“ in Rechnung gestellt, ist leicht nachvollziehbar, dass dieser Entwicklung mit bloßen Appellen alleine nicht beizukommen ist. Die antifaschistische Praxis ist nicht falsch – problematisch ist, was sie unterlässt.

Auf die Existenzsorgen der Menschen müssten, um alldem zu begegnen, zuallererst überzeugende und glaubwürdige Antworten, Zukunftsperspektiven gegeben werden. Mit einer (berechtigten) Forderung nach Erhöhung des Mindestlohnes auf zwölf Euro ist es jedenfalls nicht getan, denn ein Bollwerk gegen den rechten Formierungsprozess kann nur eine soziale Bewegung bilden, die nicht nur aufklärend agiert, sondern eine realistische Zuversicht vermittelt, auch wenn ein Blick auf die sozialen Kräfteverhältnisse und die politische Kultur in Deutschland nicht optimistisch stimmt. Es kommt hinzu, dass zukunftsorientierte Konzepte und Phantasien in den öffentlichen Diskussionen kaum noch eine Rolle spielen. Aber an ihrer Entwicklung wäre vorrangig im Rahmen einer politischen Bewegung zu arbeiten, die sich den Interessen einer Bevölkerungsmehrheit verpflichtet fühlt. Wer den Rechten das Wasser abgraben will, muß für die Rücknahme von Sozialabbau und Rentenkürzungen kämpfen und das Arbeits- und Sozialrecht so „restaurieren“, daß die Misere der Prekarität beseitigt wird. Eine Sofortmaßnahme wäre die Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung auf dem Niveau, das vor den Konterreformen der Schröderschen „Agenda“-Politik bestand, also die Rückkehr zur einkommensabhängigen Zahlung von Unterstützungsleistungen über die einjährige Arbeitslosenphase hinaus. Das sollte zum unverzichtbaren Bestandteil einer antifaschistischen Strategie werden. Jedoch genauso wichtig wären Konzepte zur konsequenten Absenkung der sogenannten Normalarbeitszeit, um vorhandene Arbeit auf alle Köpfe zu verteilen. Für diese politischen Kernpunkte würde es sich schon lohnen „aufzustehen“. Flankiert werden müßten solche politischen Initiativen von einer gründlichen Aufklärungskampagne, d. h. der Vermittlung eines Wissens, das an die alltäglichen Probleme anschließt und die Gründe für die zunehmende Prekarisierung thematisiert. Denn Not alleine lehrt noch nicht das Denken, jedenfalls nicht das kritische. Die isolierte Erfahrung, so bedrängend und belastend sie auch sein mag, muß zu den Ursachen sozialer Ungleichheit in Beziehung gesetzt werden. Nicht zuletzt geht es um eine radikale Demokratisierung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse. Für die Gewerkschaften ist es überfällig, ein umfassendes politisches Mandat in Anspruch zu nehmen. Dabei kann durchaus an vergessene Traditionen angeschlossen werden, „denn die Gewerkschaften hatten nach Kriegsende ganz selbstverständlich ein umfassendes politisches Mandat wahrgenommen; es ging ihnen um die Legalisierung von Erfahrungen, welche die Arbeiterbewegung mit dem Faschismus und dem Krieg gemacht hatte“. Soweit Werner.

Liebe Genossinnen und Genossen,

doch wie sieht es mit der Durchsetzungsfähigkeit dieser Alternativen aus? Denkbar schlecht. Linke Kräfte sind verunsichert und zerstritten. Wir hatten von der letzten BDK den Auftrag, einen neuen Anlauf zum Dialog und zu mehr Gemeinsamkeit von Linken zu initiieren. Nun sind wir einen Schritt vorangekommen. Letzte Woche haben sich verschiedene Personen von LINKEN, DKP,

Griechenlandsoli und Gewerkschaft vereinbart, ein ZukunftsForumSaar ins Leben zu rufen. Als erste gemeinsame Aktivität wird eine Veranstaltung zum Thema „Alternative Stadtentwicklung“ vorbereitet. Noch stehen wir ganz am Anfang, aber die Resonanz macht uns zuversichtlich.

Gleichzeitig treffen der drohende harte Brexit und die Automobilkrise das Saarland hart. In einer Erklärung haben wir zur angedrohten Arbeitsplatzvernichtung bei Ford Saarlouis Stellung bezogen.

Fred führt darin aus:

### **Die Automobilkrise hat das Saarland schneller als befürchtet erreicht.**

Sie ist Teil einer umfassenderen Wirtschaftskrise. Dramatisch zeigt sich jetzt, wie die einseitige Abhängigkeit von der Automobilindustrie zum sozialen Problem Nr. 1 im Saarland wird. Über 50.000 Beschäftigte finden derzeit in diesem Wirtschaftszweig Lohn und Brot. Es ist bekannt, dass von einem Automobilarbeitsplatz mindestens zwei weitere im Zulieferbereich abhängen. Die Streichung von 1600 Stellen im Ford-Werk bringt viele weitere in Gefahr.

Das müssten Alarmzeichen für die Groko im Saarland genug sein. Darüber hinaus zeigt das Krisenszenario bei Ford dramatisch, dass die geplante Umsetzung der Elektromobilität mit den entsprechenden Produktionslinien am Saarland vorbei zu gehen droht.

Die Landesregierung hat kein Konzept, mit dem sie diesen Gefahren wirksam begegnen und der drohenden Deindustrialisierung des Landes entgegentreten will. Das ist eine wirtschaftspolitische Bankrotterklärung. Wenn weiter blind auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertraut wird, wenn nicht politisch gegengesteuert wird, kommt die saarländische Automobilindustrie in einen bedrohlichen Zangengriff von Krise der Verbrennungsmotorentechnik und der Digitalisierung.

Gerade geringer qualifizierten Beschäftigten droht das Aus auf dem Arbeitsmarkt, weil sie auf dem wachsenden IT-Sektor nicht eingesetzt werden können. Ihnen bleibt nur, sich wie tausende andere um neue schlecht entlohnte Dienstleistungsjobs zu bewerben. Damit steht nicht nur das Zukunftsinteresse einzelner Beschäftigter sondern die des gesamten Saarlandes auf dem Spiel.

**Wir fordern einen radikalen Politikwechsel**, der u. a. beinhalten muss:

- Umbaukonzept für die auf Verbrennungsmotoren ausgerichtete Automobilindustrie unter Berücksichtigung der sozialen Interessen der Belegschaften
- Bundesratsinitiative für ein gesetzliches Verbot von Entlassungen in Konzernen, die hohe Gewinne erzielen, und zur Verhinderung von Firmenübernahmen durch Heuschrecken wie Prevent oder Whitesell
- Durchsetzung erweiterter Betriebsratsrechte, z. B. das Recht auf Widerspruch gegen Entlassungen und gegen Betriebsübernahmen durch sog. Investoren.“

Es gibt Versuche von uns, zu diesem Thema in der nächsten Zeit eine Veranstaltung zu diesem Thema im Raum Saarlouis/Dillingen zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nicht nur in Sachen Automobilindustrie redet sich die Landesregierung die Situation schön. In geradezu unverschämter Weise werden die SaarländerInnen in Sachen Kommunalfinzen hinters Licht geführt. Die SZ titelt in einem Beitrag: „Einnahmen steigen deutlich Saar-Kommunen haben bald wieder volle Kassen“ Einen größeren Unfug kann man nicht schreiben. Nicht die Einnahmen erhöhen sich, sondern ein kleiner Teil der Sparmaßnahmen der letzten Jahrzehnte wird zurückgenommen. Selbst wenn die Bouillonschen Zahlen stimmen, woran allein deshalb berechtigte Zweifel herrschen, weil das Finanzministerium nach dem Wunsch-Dir-was-Prinzip noch schöner färbt, werden die Kommunen lediglich um 7% entlastet. Das sind wenn es hoch kommt die Kürzungen der letzten beiden Jahre. Gleichzeitig entlarvt sich der Innenminister dadurch, dass er zugibt, dass die Städte und

Gemeinden die zurück erhaltenen Mittel gar nicht mehr ausgeben können, weil sie so viel Personalabbau betrieben haben, dass niemand mehr die zusätzlichen Projekte organisieren kann. Besser kann man Kaputtsparpolitik eigentlich nicht beschreiben. Und trotzdem jubeln CDU, SPD und Saarbrücker Zeitung um die Wette. Einen dreisteren Betrug habe ich lange nicht mehr erlebt.

Gut, dass die Saar-Linke diesmal qualifiziert dagegen hält. Jochen Flackus: „Die saarländischen Städte und Gemeinden hätten mit rund 600 Millionen Euro zur Sanierung des Landeshaushaltes beigetragen und durch die „verfehlte Steuerpolitik“ des Bundes seit dem Jahr 2000 jährlich rund 130 Millionen Euro Einnahmen verloren. Allein bei den Schulen gebe es einen Investitionsbedarf von rund 600 Millionen Euro, bei den Kanälen von rund 75 Millionen. Da seien 20 Millionen Zuschuss des Landes ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Er erinnerte auch daran, dass die Kommunen durch den „Saarland-Pakt“ zur Abzahlung der gewaltigen Schulden innerhalb der nächsten 45 Jahre verpflichtet seien.

In Wahrheit versagt die Groko also an allen Ecken und Enden: Ob bei der Präsenz der Deutschen Bahn in der Region, bei der Kohlevereinbarung, die für das Saarland keine Mittel vorsieht trotz der erheblichen Belastungen durch den Steinkohleausstieg. Oder beim sogenannten Pakt für den Rechtsstaat, der in anderen Bundesländern die Gerichte und die Polizei entlasten wird oder bei der Standortwahl für neue Bundesbehörden. Die Saar-Groko ist bundesweit eine einzige Lachnummer mit Tobias Hans als Pausenpaul an der Spitze. All dies wird bewirken, dass das Saarland weiter abgehängt wird und bei der nächsten drohenden Wirtschaftskrise neue Sparattacken gegen die Interessen der Menschen im Saarland gefahren werden. Und bei all dem macht die Saar-SPD mit. Die den WählerInnen versprochene Erneuerung ist bereits zum Rohrkrepiere geworden und im Willy-Brandt-Haus können sie sich immer noch nicht erklären, warum ihre Umfragewerte weiter so schlecht sind. Eine Gurkentruppe sondergleichen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt einen kleinen Lichtblick in Sachen EU-Wahlen, ich meine den gemeinsamen [Appell von linken und kommunistischen Parteien](#). Auch wenn es darin an einer Stelle heißt, dass „ der Aufbau der EU in seinem Wesen nicht reformierbar ist, da seine Verträge eine neoliberale und militärische Struktur und einen Prozess definieren“ so ist dieser inhaltlich um Meilen qualifizierter als das EU-Programm unserer Bundespartei.

So heißt es darin:

„Ein anderes Europa ist möglich, notwendig und zeitgemäßer denn je. Ein anderes Europa – ein Europa, das den Arbeitern und Völkern und ihren Bedürfnissen dient – kann durch einen radikalen Wandel in den Grundlagen, auf denen die EU aufgebaut wurde, entstehen. Ein radikaler Wandel, von den Arbeitern und den Völkern Europas konzipiert und beschlossen.

Die Geschichte des europäischen Kontinents ist voll von militanten und revolutionären Hinterlassenschaften. Das beweist, dass die Völker – mit den Werktätigen und der Jugend als der Pioniermacht – mit ihren Kämpfen die gegenwärtigen Angriffe und barbarischen Maßnahmen stoppen können; den Weg zu Rechtsextremismus und Faschismus erneut blockieren; den Weg für große soziale Veränderungen mit antiimperialistischem und monopolfeindlichem Charakter ebnen können: eine Alternative zum Kapitalismus und seinen Sackgassen schaffen; die Vision vom Aufbau neuer Gesellschaften für Fortschritt, Frieden und soziale Gerechtigkeit erneut projizieren.“

Und weiter:

„Wir wissen, dass die Gefahr der Rechtsextremen heute eine große Bedrohung für unseren Kontinent und seine Völker darstellt, die auch von der Trump-Administration in den Vereinigten Staaten unterstützt wird. Die herrschenden Kräfte und Interessen der EU können diese Bedrohung nicht

eindämmen, denn es ist ihre Politik, die den Boden kultiviert, der sie erzeugt, während einige sogar offen mit den Rechtsextremen zusammenarbeiten. Nur die Kräfte des Fortschritts, die Kräfte, die für die Arbeits- und Sozialrechte sowie für die Souveränität der Völker kämpfen, können die Bastion des Widerstands gegen die Rechtsextremen und den Faschismus sein. Deshalb ist ihre Stärkung die Option für jeden Demokraten und fortschrittlichen Bürger jedes unserer Länder.“

Am Ende heißt es:

„Wir bekräftigen den Charakter und die Identität dieser Fraktion als gemeinsamen Raum der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten, Arbeitern, fortschrittlichen, linken und ökologischen Kräften, deren gemeinsames Ziel es ist, den Kämpfen der Werktätigen und der Völker innerhalb des Europäischen Parlaments eine Stimme zu geben; eine fortschrittliche und deutlich andere Politik als die, die die Rechten und Sozialdemokraten verfolgt haben und weiterhin verfolgen, laut zu sagen, vorzuschlagen und zu verteidigen; dem Kampf für einen anderen Weg für Europa Ausdruck und Inhalt zu verleihen.

Mit der Unterzeichnung dieses Appells verpflichten wir uns, diese Ziele und Richtlinien zu verteidigen. Je größer unsere Stärke ist, desto stärker werden die Kämpfe für ein Europa der Zusammenarbeit, des sozialen Fortschritts und des Friedens.“

Genauso sollte es sein. Aber was macht die Bundes-DKP: Sie kandidiert völlig chancenlos gegen die PDL. Kein Wunder, dass ein Genosse, der die Phrasendrescherei in der Hoffnungstraße für bare Münze nimmt, die Unterzeichnung kritisiert. Er hat vollkommen Recht: Dieser Appell passt in die Linie unseres Parteiprogramms und widerspricht der aktuellen Wahlpolitik der DKP. Der Parteivorstand rudert orientierungslos umher und verhindert in seiner Hilflosigkeit, dass in der UZ die Namen der unterzeichnenden Parteien veröffentlicht wird, weil dort die PDL auftaucht und von der muss man sich ja abgrenzen. Peinlich ohne Ende. Und der Höhepunkt ist dann, dass in den Referaten der PV-Tagung vorletzte Woche dieser Appell mal eben unter den Tisch fällt. Das ist Realitätsverweigerung auf höchstem Niveau. Wir werden bei diesem Spiel nicht mitmachen und schlagen vor, den Appell zur Grundlage unseres Beitrags zu den EU-Wahlen im Saarland zu machen.

Glück auf